

August 2020

Länderbericht

Länderbüro Syrien / Irak

Syrien

Entwicklungen im Schatten von Corona

Gregor Jaecke

Nach UN-Angaben sind seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien etwa eine halbe Million Menschen getötet worden und derzeit etwa zwölf Millionen Syrer von Flucht und Vertreibung betroffen: 5,7 Millionen haben das Land verlassen und über sechs Millionen sind Binnenflüchtlinge. Der Konflikt ist bereits seit Jahren ein Stellvertreterkrieg unterschiedlicher internationaler und regionaler Akteure um geostrategischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Die aktuelle deutsche EU-Ratspräsidentschaft bietet nun eine Chance, den Bürgerkrieg prominent auf die europäische Agenda zu setzen.

Wo stehen wir im Sommer 2020?

Nach Aussage des UN-Sonderbeauftragten für Syrien, Geir O. Pedersen, ist der Syrienkonflikt nach über neun Jahren nicht mehr eines der Top-Themen in der globalen medialen Berichterstattung. Die internationale Staatengemeinschaft habe sich „quasi an das gewöhnt, was täglich in Syrien passiert“.¹ Zudem überlagern andere Krisen, wie beispielsweise die Covid-19-Pandemie, die tragischen Geschehnisse im Land. Doch auch im Schatten der weltweiten Gesundheitskrise spielt sich dieser Tage eine der „größten humanitären Katastrophen seit dem Zweiten Weltkrieg“ in Syrien ab:² Zwölf Millionen Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, sind täglich auf humanitäre Hilfe angewiesen. Große Teile des Landes liegen quasi in Schutt und Asche: Zahlreiche Städte und deren Infrastruktur (vor allem Schulen und mittlerweile etwa die Hälfte aller Gesundheitseinrichtungen) sowie die Energieversorgung sind nahezu komplett zerstört oder können nicht mehr im ausreichenden Maße finanziert werden. Nach UN-Angaben sind seit Beginn des Bürgerkrieges etwa 500.000 Menschen getötet worden und derzeit etwa zwölf Millionen Syrer von Flucht und Vertreibung betroffen: 5,7 Millionen Syrier haben das Land verlassen und über sechs Millionen sind Binnenflüchtlinge, vielfach wurden sie mehrmals vertrieben. Die Kosten für den Wiederaufbau

werden, je nach Quelle, inzwischen auf 250 bis 400 Milliarden US-Dollar beziffert.

Innenpolitische Lage – Armut, Währungsverfall, Covid-19 und ein instabiles Regime

Die syrische Wirtschaft befindet sich auch aufgrund der schweren Finanzkrise im Nachbarland Libanon in einer starken Rezession. Beide Ökonomien sind eng miteinander verflochten. Nun zieht der libanesische Staatsbankrott Syrien tiefer in den Abgrund. Bereits 2019 betrug die Arbeitslosigkeit 43,5 Prozent. Wegen des starken Kursverfalls der syrischen Landeswährung kam es in den vergangenen sechs Monaten außerdem zu enormen Preissteigerungen bei Lebensmitteln. Teilweise haben sich die Preise verzehnfacht.³ Mittlerweile leben nach Angaben des UN-Welternährungsprogramms 83 Prozent der syrischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Verzweiflung vieler Syrer führte zu neuen Anti-Regierungsprotesten, vor allem im vom Regime kontrollierten Süden des Landes, in Suweida und Daraa. Assad entließ daraufhin den Ministerpräsidenten Imad Khamis, der sich seit 2016 im Amt befand, aber auch das wird den Volkszorn der hungernden Bevölkerung und die steigende Unzufriedenheit in allen

Bevölkerungsgruppen mit dem syrischen Herrscher nicht langfristig verringern.

Die offiziellen staatlichen Angaben über Covid-19-Infektionen liegen in Syrien im Vergleich zu den Fallzahlen in anderen Ländern der Region erstaunlich niedrig.⁴ Die Angaben sind jedoch nicht aussagekräftig und geben daher höchstwahrscheinlich keine Auskunft über die wahren Verhältnisse wieder.⁵ Einerseits führt Syrien kaum Tests durch, vor allem aber unterdrückt das Regime Informationen über die tatsächliche Verbreitung des Virus: Eine Krankenschwester in Tartus berichtete im Mai 2020, dass Geheimdienstmitarbeiter regelmäßig ins Krankenhaus kämen und das Personal warnten mit Journalisten oder Außenstehenden über Covid-19-Infizierte zu reden. Die Quelle schätzte die Infektionen allein in ihrem Hospital auf 400 Personen. Laut offiziellen Angaben gab es hingegen bis zum 30. Juli 2020 lediglich einen Fall von Corona in Tartus.⁶ Die gesamte medizinische Infrastruktur Syriens sowie die allgemeine Versorgung im Land ist außerdem so marode, dass Vorbeugung die beste Maßnahme gegen die vermutlich rasante Ausbreitung des Virus darstellt. *Social Distancing* ist jedoch gerade in den Lagern für Binnenflüchtlinge unmöglich. Menschen haben dort kaum Zugang zu sauberem Wasser oder Seife und müssen sich die sanitären Anlagen zu Hunderten teilen. In Sachen „Bekämpfung der Pandemie“ stehen folglich die Zeichen noch lange nicht auf Entwarnung.⁷

In jüngster Vergangenheit deuten einige Anzeichen auf Auseinandersetzungen innerhalb des Assad-Regimes hin: Bemerkenswert ist dabei vor allem der im Mai dieses Jahres öffentlich ausgetragene Konflikt, den der bekannte und reiche syrische Geschäftsmann Rami Makhlouf - der zudem als Symbolfigur für Korruption im Kriegsland Syrien angesehen wird und auf internationalen Sanktionslisten steht - mit seinem Vetter, dem syrischen Staatspräsidenten, austrägt: Assad braucht aufgrund der schlechten Wirtschaftslage dringend Geld und hat deshalb nach Makhloufs Aussage seine Unternehmen

beschlagnahmt und dessen Mitarbeiter verhaftet. All dies veranlasste den einstigen Günstling des Autokraten zu harter Kritik an Assad. Bei diesem Vorgang handelt es sich um mehr als nur einen internen Familienzweist. Womöglich sind es erste Anzeichen für Risse innerhalb der herrschenden Elite des Landes - den Alawiten, die als zentrale Säule der Herrschaft des Präsidenten gelten. Trotz dieser offensichtlichen Spannungen, sei Assads Herrschaft durch Makhlouf allerdings nicht gefährdet, meint Manar Rachwani, Leiter der unabhängigen syrischen Medienplattform *Syria Direct*. Wenn die Alawiten zwischen ihm und Assad wählen müssten, würden sie sich zu großer Mehrheit für den amtierenden Präsidenten entscheiden, der seiner Meinung nach „fest im Sattel“ sitzt. Die Alawiten unterstützten ihn allerdings nicht aus Sympathie, sondern weil Makhlouf oder auch andere Alternativen Ungewissheit bedeuteten und die Gemeinschaft der Alawiten in der jetzigen Situation höchstwahrscheinlich schwächen würden.⁸

Am 19. Juli fanden in Syrien außerdem zum dritten Mal seit Ausbruch des Bürgerkrieges 2011 Parlamentswahlen statt. Wie zu erwarten ging die Mehrheit der Sitze an die *Koalition der Nationalen Einheit*, die von Assads Baath-Partei dominiert wird. Von einem fairen, demokratischen und transparenten Wahlprozess konnte wie schon zuvor keine Rede sein, denn alle Anwärter auf einen Parlamentssitz wurden im Vorfeld durch das Regime sorgfältig überprüft und abgesegnet, internationale Wahlbeobachter waren nicht zugelassen und Syrern außerhalb der Landesgrenzen blieb in Verletzung der UN-Sicherheitsratsresolution 2254 ihr Stimmrecht verwehrt.⁹ Die festzementierten Machtstrukturen des Assad-Clans sind nicht abwählbar, umso bemerkenswerter als die Wahl selbst sind daher die begleitenden Umstände. Denn sie bringen die Risse zwischen den traditionellen Eliten, die Assad während des gesamten Krieges zur Seite standen, und den neureichen Kriegsherren und Geschäftsleuten zum Vorschein. Zahlreiche alte Kader wurden ersetzt. Assad scheint eine neue Gefolgschaft um sich herum zu installieren, die

sich während des Krieges verdient gemacht hat. Er verschafft ihnen nun politischen Einfluss und sichert sich dadurch ihr Wohlwollen.

Stellvertreterkrieg internationaler und regionaler Akteure

Der Konflikt in Syrien ist bereits seit Jahren ein Stellvertreterkrieg unterschiedlicher internationaler und regionaler Akteure um geostrategischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Die Vielzahl aufeinanderprallender Interessen erschwert noch immer eine Stabilisierung des Landes. Vor allem das militärische Eingreifen Russlands und die mehrfachen türkischen Interventionen (zuletzt im Oktober 2019), bei denen die türkische Armee verschiedene Sicherheitszonen in Nordsyrien entlang der Grenze schuf – unterstreichen die Annahme, dass ein baldiges Ende des Krieges nicht in Sicht ist. So verstärkt die Türkei ihre militärische Präsenz unter Verweis auf ihr Recht auf Selbstverteidigung gegen terroristische Bedrohungen weiter in dem Bestreben, eine autonome kurdische Region in Nordsyrien zu verhindern.¹⁰ Die Rolle und der zukünftige Status der Kurden in Syrien bleibt damit ungewiss; eine Annäherung an die Regierung in Damaskus ist jedoch sehr wahrscheinlich. Insbesondere eine weitere Reduzierung der US-amerikanischen Truppen dürfte die Kurden zu einem Kompromiss mit dem syrischen Regime zwingen – denn ihnen mangelt es an Verbündeten. Ein Vertreter der kurdischen KDP (*Kurdistan Democratic Party*) äußert: „Wir leben unter Arabern, ob im Irak oder in Syrien. Der Westen ist weit weg und die Türkei in unserer direkten Nähe. Am Ende müssen wir uns daher mit den arabischen Regimes arrangieren.“¹¹ Noch ist zudem völlig unklar, wie sich das amerikanische Syrienengagement entwickeln wird. Ein Abzug weiterer US-Truppen ist mittelfristig zwar wahrscheinlich, allerdings werden sich die USA unabhängig vom Ausgang der US-Präsidentenwahlen auch weiterhin ein gewisses Maß an Kontrolle über die Ölfelder in Nordostsyrien sichern wollen – sehr zum Missfallen des Kremls.

Russland ist und bleibt auch in naher Zukunft wichtigster Verbündeter der syrischen Regierung. Ende April 2020 erschien zwar eine Reihe von Artikeln in staatsnahen russischen Zeitungen, die das syrische Regime offen vor allem für seine Korruption und Reformunfähigkeit kritisierten, dies bedeutet allerdings nicht, dass Moskau Assad fallen lassen wird. Weder gibt es derzeit eine Alternative zu ihm, noch hat Russland andere Verbündete in Nahost. Der Kreml wird seine geostrategischen Interessen in Syrien daher vorerst nicht gefährden. Risse zeigen sich trotzdem: Am 10. Juli 2020 erwarb Syrien erstmals iranische Luftabwehrsysteme. Bisher war vor allem Russland für die Sicherung des syrischen Luftraums zuständig. Die Tatsache, dass das syrische Militär seit kurzem auf iranische Unterstützung bei der Luftverteidigung setzt, kann möglicherweise ein weiteres Anzeichen für das sich verschlechternde Verhältnis zwischen dem Kreml und dem Assad-Regime sein. Aus Sicht Teherans ist es hingegen zielführend, Assad von iranischer Militärhilfe abhängig zu machen, denn für das iranische Regime zählt weiterhin nicht die Stabilisierung Syriens, sondern vor allem sein geostrategisches Interesse in der Aufrechterhaltung der sogenannten „Achse des Widerstands“. Die „Landbrücke“ von Teheran über Bagdad, Damaskus bis hin zum Mittelmeer zur libanesischen Hisbollah ist entscheidend für die Möglichkeit iranischer Einflussnahme in der Region.

Idlib ist ein Pulverfass ohne Boden

Mit großer militärischer Unterstützung der russischen Luftwaffe und iranischen Bodentruppen hat das Assad-Regime mittlerweile etwa zwei Drittel des Landes wieder unter seine Kontrolle gebracht. Zu Jahresbeginn 2020 erreichten die Kämpfe um die syrische Provinz Idlib, die letzte Rebellen-Hochburg, einen neuen Höhepunkt. In der umkämpften Region leben etwa 3,5 Millionen Menschen. Dominierende Miliz in der Provinz ist die HTS (*Hayat Tahrir al-Sham*), ein extremistisch-islamistisches Bündnis verschiedener Milizen, der laut eines kürzlich

veröffentlichten UN-Berichtes schwere Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung vorgeworfen werden. Infolge der militärischen Auseinandersetzung flohen über eine Million Zivilisten, davon 80 Prozent Frauen und Kinder, Richtung türkische Grenze. Dies war die massivste einzelne Fluchtbewegung seit Ausbruch des Syrienkrieges 2011.¹² Am 5. März 2020 verhandelten Moskau und Ankara eine erneute Waffenruhe. Doch die Übereinkunft dürfte eine endgültige Entscheidung zur Zukunft Idlibs lediglich hinauszögern: Syrien und Russland sind entschlossen, die Herrschaft des Assad-Regimes im ganzen Land wiederherzustellen. Die Türkei hält indessen an der Unterstützung der Opposition in Idlib fest und verlegte weitere Truppen in die Provinz.¹³ Ein erneutes Aufflammen der Kämpfe ist folglich jederzeit möglich. Auch die zunehmenden Anschläge durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) über die letzten Monate – insbesondere seit dem Ausbruch der Pandemie im März – geben Anlass zur Sorge. Laut Aussagen irakischer Geheimdienstmitarbeiter haben sich Anschläge mit IS-Bezug im April sowohl in Syrien als auch im Irak gegenüber dem Vormonat verdreifacht. Da die Terrororganisation jedes entstehende Machtvakuum sofort für sich ausnutzt, wird Syrien mit seiner insgesamt sehr fragilen Staatlichkeit zukünftig weiter anfällig für Operationen des IS bleiben.¹⁴

Verschärfung des Sanktionsregimes

Die Europäische Union (EU) verlängerte ihre seit 2011 bestehenden Maßnahmen gegen das Assad-Regime am 28. Mai 2020 um ein weiteres Jahr. Sie belegen das syrische Regime mit einem Waffen- und Ölembargo, Regierungsmitglieder dürfen nicht in die EU einreisen. Außerdem sind die Vermögenswerte von 273 Individuen sowie 70 Entitäten eingefroren und es bestehen Ausfuhrbeschränkungen für Ausrüstung und Technologie, die zur internen Repression oder zum Abhören von Internet- oder Telefongesprächen verwendet werden könnten. Die Regelungen betreffen EU-Mitgliedstaaten und ihre Staatsbürger. Humanitäre Hilfe ist von

Exportbeschränkungen ausdrücklich ausgeschlossen.

Mit den sogenannten Caesar-Sanktionen, die am 17. Juni 2020 in Kraft traten, haben die USA ihr Sanktionsregime dazu deutlich verschärft: Sekundärmaßnahmen können erstmals auch weltweit Unternehmen und Regierungen treffen, die mit dem Regime zusammenarbeiten. Bisherige US-Sanktionen beschränkten sich auf syrische und amerikanische Staatsangehörige. Noch besteht allerdings weitgehende Unklarheit über Ausmaß und Wirkung des Caesar Acts. Die USA sanktionierten bis Ende Juli 2020 erst 53 Individuen – darunter Assad selbst sowie weitere Regime-nahe Personen und Firmen. Die Wirkmacht des Caesar Acts wird letztlich vor allem davon abhängen, mit welcher Konsequenz die US-Regierung die Sanktionsmechanismen umsetzen wird und, ob es begleitend eine Strategie für den politischen Übergang in Syrien gibt.¹⁵ Qutaiba Idlbi, syrischer Wissenschaftler und Mitarbeiter am *International Center for Transitional Justice*, bezeichnet die Sanktionen daher als „Chemotherapie“. Sie seien ein „starkes politisches und wirtschaftliches Druckinstrument“, doch beließen es die USA lediglich bei Strafmaßnahmen, blieben die Effekte nur Nebenwirkungen ohne direkten Nutzen für die syrische Bevölkerung.¹⁶

Die Propagandamaschinerie des Regimes macht derweil die diversen internationalen Sanktionen für die Notlage der Bevölkerung verantwortlich, doch nicht sie haben die katastrophale humanitäre Situation im Land verursacht, sondern das Regime selbst ist für das Elend verantwortlich. Ayman Abdel Nour, Leiter der Organisation *Syrian Christians for Peace* meint, „Syrien braucht keine äußeren Feinde mehr, denn das Regime selbst schade dem Land am meisten.“¹⁷ Fakt ist: Das Assad-Regime herrscht seit 20 Jahren mithilfe eines brutalen und korrupten Polizei- und Geheimdienstapparates. Um den eigenen Machterhalt zu sichern, tötete das Regime tausende Menschen und zerstörte große Teile der syrischen Infrastruktur. Syriens Gesellschaft wird auf Jahrzehnte polarisiert und

entzweit bleiben. Deshalb sind auch Politikempfehlungen eines renommierten deutschen Think Tanks, die unter anderem eine „Kooperation mit der Arbeitsebene“ syrischer Ministerien in Betracht ziehen, um die Nothilfe in Syrien zu verbessern und einen Wiederaufbau in Teilen zu ermöglichen, wenig zielführend, wenn diese nicht zuvor an strikte und belastbare Bedingungen geknüpft werden. Das Motiv hinter dieser Idee ist ehrenwert, die vorgeschlagene Maßnahme würde jedoch vermutlich zu einer (zumindest indirekten) Stabilisierung und letztlich Anerkennung des Assad-Regimes „durch die Hintertür“ einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten.¹⁸

Handlungsoptionen und Ausblick für Deutschland und die EU

Die am 1. Juli 2020 begonnene deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird ohne Zweifel den Syrien-Konflikt aus verschiedenen Gründen auf ihrer Agenda haben:

Druckmittel humanitäre Hilfe

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind im Bereich der humanitären Hilfe für Syrien federführend. Beispielhaft hierfür ist das Ergebnis der vierten Brüsseler Syrien-Konferenz vom 30. Juni, auf welcher die EU 6,9 Mrd. Euro einwerben konnte, von denen sie und einzelne EU-Mitgliedstaaten 5,7 Mrd. Euro bereitstellen.¹⁹ Diese große Unterstützungsleistung sollte nach Meinung der Syrien-Expertin Kerstin Helberg von Seiten der EU zukünftig stärker als Druckmittel gegen das Regime genutzt werden, vor allem vor dem Hintergrund, dass eine politische Lösung des Konflikts in naher Zukunft nicht realistisch erscheint.²⁰ Denn so lange das kleptokratische Regime fast ausschließlich über die Verteilung der internationalen humanitären Hilfe entscheidet, mit der Folge, dass seine Günstlinge überproportional davon profitieren, beraubt sich die EU eines wichtigen Hebels. Folglich müssen zukünftig an dieser Stelle andere Mechanismen greifen, die als Hauptkriterium den Grad an Bedürftigkeit und nicht die Loyalität zum Regime berücksichtigen.

Die grenzüberschreitenden Lieferungen von humanitären Hilfsgütern haben Anfang Juli einen schweren Rückschlag erlitten, als eine von Deutschland und Belgien verfasste UN-Resolution am Veto Russlands und Chinas im Sicherheitsrat scheiterte. Die Initiative sah vor, zwei türkisch-syrische Grenzübergänge um ein weiteres Jahr geöffnet zu lassen, um die Versorgung der notleidenden Bevölkerung – auch in nicht vom Regime kontrollierten Gebieten – fortzusetzen. Russland sieht hierin eine Verletzung der Souveränität Syriens und pocht einmal mehr darauf, dass das Assad-Regime die Versorgung aller Landesteile übernimmt. Letztlich wurde als Minimalkompromiss auf Vorschlag des Kremls eine Resolution angenommen, die vorsieht, die etwa 2,8 Millionen Hilfebedürftigen in Nordwestsyrien zukünftig nur noch über einen Übergang zu versorgen. Eine logistisch kaum zu bewältigende Herausforderung. Zahlreiche Experten sind sich einig, dass dies zu einer drastischen Einschränkung der Nothilfe führen wird. Die russische Machtdemonstration im UN-Sicherheitsrat verdeutlicht einmal mehr die Ohnmacht des Westens und stellt laut *Human Rights Watch* „ein regelrechtes Todesurteil für viele Syrer“ dar.

Flucht und Vertreibung

Derzeit leben 1,1 Millionen Syrer in europäischen Mitgliedstaaten, davon 770.000 in Deutschland. Seit langem weisen Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft darauf hin, dass eine unter sicheren, würdigen und dauerhaft garantierten Bedingungen stattfindende Rückkehr von Flüchtlingen nach Syrien derzeit nicht möglich ist. Rückkehrer werden zum Teil verhaftet, gefoltert, ermordet oder verschwinden spurlos. Ihr Eigentum wurde vielfach während ihrer Abwesenheit konfisziert, jungen Männern droht die Zwangsrekrutierung in die syrische Armee. In der „Rückkehr-Frage“ muss Deutschland deshalb etwaigen Initiativen, die eine Rückführung von Flüchtlingen unter den gegebenen Umständen fordern, klar entgegengetreten. Insbesondere was die dramatische Flüchtlingssituation in der Provinz Idlib betrifft, ist ein gemeinsames Handeln Europas und der Türkei dringend

geboten, denn: Brüssel und Ankara eint das Interesse, erneute Flüchtlingsströme aus Syrien beziehungsweise eine Verschärfung der humanitären Notlage abzuwenden. Mit der Entscheidung vom 28. Februar 2020, die Grenze zeitweise zu öffnen und einigen zehntausend Menschen die Flucht nach Europa zu ermöglichen, wies Ankara auch auf Defizite bei der Umsetzung des Flüchtlingsabkommens mit der EU hin. Da der Krieg in Syrien fort dauert und möglicherweise bereits innerhalb der nächsten Monate eine erneute Fluchtbewegung aus Syrien stattfindet, ist eine aktive Kooperation der EU und der Türkei in der Migrationspolitik unerlässlich.

Repatriierung von *Foreign Terrorist Fighters*

Sowohl in Deutschland als auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten darf die schwierige innenpolitische Debatte um die Rückkehr terroristischer Auslandskämpfer nicht den Rechtspopulisten überlassen werden. Unstrittig ist, dass sich die Diskussion um eine mögliche Rückholung deutscher/europäischer Staatsbürger, die sich freiwillig dazu entschieden haben, im Nahen Osten an der Seite von Terroristen zu kämpfen, nicht als „Wahlkampfschlager“ eignet. Genauso richtig ist aber auch, dass eine geordnete und kontrollierte Repatriierung sinnvoller ist, als die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Eine Rückholung muss auch in Erwägung gezogen werden, da insbesondere Kinder in den Camps aufgrund der weiter bestehenden IS-Ideologie in ihrem unmittelbaren Umfeld der täglichen Gefahr von Radikalisierung ausgesetzt sind. Eine wirkungsvolle und umfassende Terrorismus-Bekämpfungsstrategie setzt nicht nur auf militärische Mittel, sondern auch darauf, durch gezielte präventive Maßnahmen zu verhindern, dass Menschen für radikale Ideologien anfällig werden.²¹ Das IS-Kapitel kann für Europa erst dann geschlossen werden, wenn die Frage der Rückkehrer geklärt ist.

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

In Syrien geht es auch um die Glaubwürdigkeit europäischer Außenpolitik.²² Ein Entgegenkommen gegenüber dem Assad-Regime darf es deshalb ohne politische Reformen und eine strafrechtliche Aufarbeitung von Kriegsverbrechen nicht geben. Auch wenn sich ohne Zweifel die militärischen Realitäten zu Gunsten des Regimes verschoben haben, so müssen die Reihen in Europa geschlossen und innereuropäische Einigkeit in Bezug auf Damaskus demonstriert werden. Insbesondere die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte einer (bereits derzeit zu beobachtenden) Erosion der europäischen Haltung bezüglich ihrer Sanktions- und Isolationspolitik gegenüber der syrischen Regierung entschieden entgegentreten. Dies erfordert neben dem politischen Willen auch Verhandlungsgeschick, welches Politik-Experten der Bundesregierung durchaus zutrauen. Als ersten notwendigen Schritt müsste Europa zunächst die „Zuschauerränge“ im Tatort Syrien verlassen, denn viel zu lange schon hat es sich hier aufgehalten. Ob Europa am Ende die politische Gestaltungs- und Durchsetzungskraft hat, die unterschiedlichen multilateralen Verhandlungsformate (den Genfer Friedensprozess, den Astana-Prozess und die sogenannte *Small Group*) enger miteinander zu verzahnen, ist fraglich – aber durchaus einen Versuch wert.²³ Der Genfer UN-Friedensprozess gemäß der UN-Resolution 2254 ist bereits vor Jahren zum Stillstand gekommen und auch vom Astana-Format (Russland, Türkei, Iran), welches 2017 von Moskau als Parallele zur UN-Vermittlungsmission gegründet wurde, ist aufgrund gegensätzlicher Interessenlagen der beteiligten Akteure aller Voraussicht nach nicht mehr viel zu erwarten. Da bislang alle Vermittlungsversuche gescheitert sind, läge die Messlatte eines möglichen Schlichtungs-engagements seitens der EU zumindest nicht zu hoch.

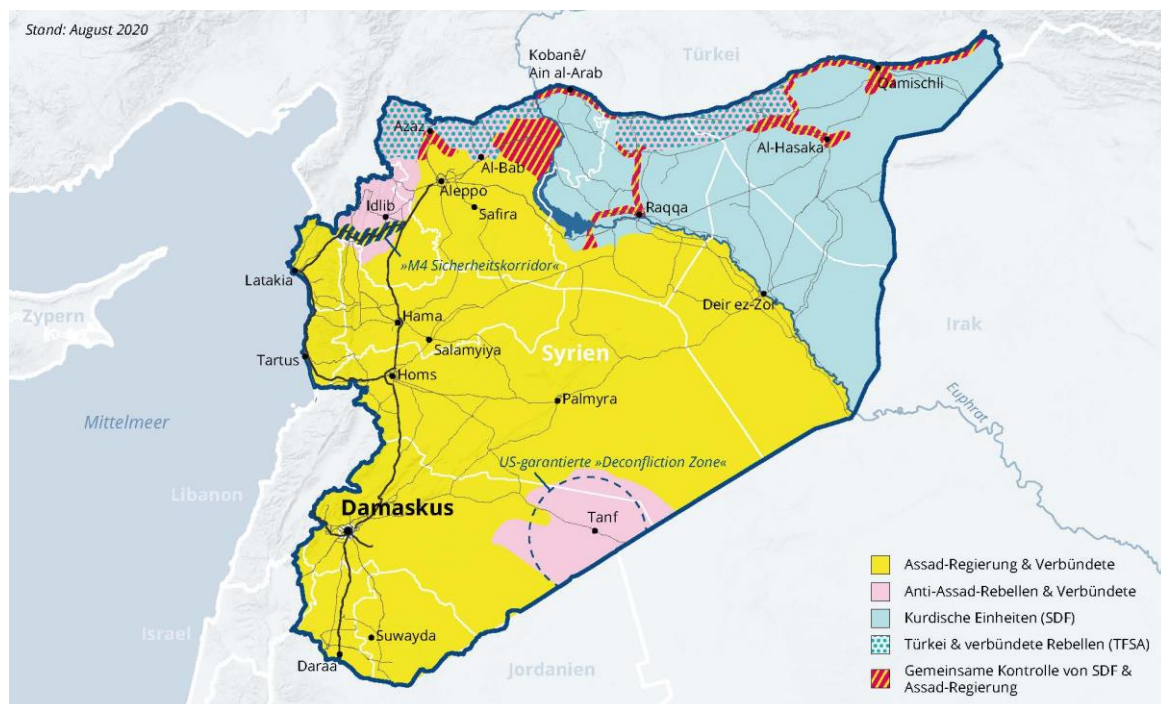
Juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen des Regimes

In diesem Themenfeld ist Deutschland richtungsweisend, so findet derzeit vor einem deutschen Strafgericht in Koblenz eine Art „Modellprozess“ nach dem Weltrechtsprinzip statt, in dem zwei Syrer, die als Flüchtlinge nach Deutschland kamen und als Folterer in einem Assad-Gefängnis identifiziert wurden, zur Anklage gebracht wurden. Täter von Verbrechen gegen

die Menschlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen, ist man nicht nur den zahlreichen Opfern des Assad-Regimes schuldig; dies ist auch ein deutliches Zeichen an alle Gewaltherrscher weltweit, dass man sich für grausame Straftaten auch der irdischen Gerechtigkeit (nicht immer) entziehen kann. Dieser Weg sollte in den nächsten Monaten mit aller Entschlossenheit fortgesetzt und auf andere EU-Mitgliedsstaaten ausgeweitet werden.

Dieser Artikel entstand unter großer Mitwirkung von David Labude, wissenschaftlicher Mitarbeiter im KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak, der durch zahlreiche Interviews mit syrischen Experten und KAS-Kooperationspartnern sowie durch Auswertung arabischer Quellen wesentlich dazu beitrug, das Stimmungsbild im Land widerzuspiegeln.

Abbildung 1. Konfliktdynamiken in Syrien



Quellen: Liveuamap, Twitter, Political Geography Now

- ¹ So Geir O. Pedersen vor dem UN-Sicherheitsrat im Mai 2020, vgl. [„UN Envoy Calls on US, Russia to Hold Talks to Help End Syria War“](#), Middle East Monitor, 20. May 2020.
- ² Als solche bezeichnete der damalige norwegische Außenminister Børge Brende den Syrienkrieg bereits im Jahre 2017.
- ³ Gespräch mit einer Quelle in Damaskus im Juli 2020.
- ⁴ Vgl. die Angaben auf der Website des syrischen Ministeriums für Gesundheit, [„Registrierte Infektionen mit dem Corona-Virus“](#) (الإصابة حالات) (كورونا بفيروس المسجلة).
- ⁵ Einige Wissenschaftler beispielsweise zweifeln an den offiziellen Zahlen und schätzen die Covid-19-Infektionen allein für den Raum Damaskus auf mindestens 85.000. <https://tande.substack.com/p/syria-in-context-weekly-briefing-511>, Syria in Context, August 2020.
- ⁶ Ebenda.
- ⁷ Vgl. [„Covid-19 in Nahost und Nordafrika“](#), Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2020, Seite 24.
- ⁸ Gespräch mit Manar Rachwani am 27. Juli 2020.
- ⁹ Siehe weitere Informationen zu den Wahlen, [„Assads neue politische Elite: Die Volksratswahlen 2020 und das Ende traditioneller Führungskader in Syrien“](#), Konrad-Adenauer-Stiftung, August 2020.
- ¹⁰ Vgl. [„Die türkische Armee schickt militärische Verstärkungen ins syrische Idlib“](#) (يدفع التركي الجيش) (السورية إدلب محيط إلى عسكرية تعزيزات), *Al-Arabiya*, 12. Juli 2020.
- ¹¹ Gespräch mit einem Vertreter der kurdischen KDP, der anonym bleiben möchte, im Juli 2020. Die Quelle war mehrfach in Syrien und traf dort Vertreter kurdischer Milizen und politische Vertreter.
- ¹² Vgl. [„Eskalation als Verhandlungsstrategie“](#), Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2020.
- ¹³ Vgl. [„Die türkische Armee schickt militärische Verstärkungen ins syrische Idlib“](#) (يدفع التركي الجيش) (السورية إدلب محيط إلى عسكرية تعزيزات), *Al-Arabiya*, 12. Juli 2020.
- ¹⁴ Vgl. interner Bericht des Auslandsbüros Syrien/Irak von Regina Frieser, Mai 2020. Siehe außerdem: [„Der Islamische Staat nutzt Sicherheitslücken im Irak und Syrien: Sicherheitsexperte warnt vor Rückkehr der Terrororganisation“](#) (داعش يستغل الثغرات الأمنية في العراق وسوريا: وخبير أمني يحذر من عودة التنظيم الإرهابي), *Baghdad Post*, 24. Juli 2020.
- ¹⁵ Vgl. [„Caesars Vermächtnis: Zu Hintergrund und Kontroverse um die Wirkmacht der neuen US-Sanktionen gegen Syrien“](#), Konrad-Adenauer-Stiftung, August 2020.
- ¹⁶ Gespräch mit Qutaiba Idlbi am 7. Juli 2020.
- ¹⁷ Gespräche mit Ayman Abdel Nour am 26. Juni und am 27. Juli 2020.
- ¹⁸ Vgl. das Interview mit der Politologin Muriel Asseburg, [„Schulen wieder aufbauen“](#), *taz*, 12. Juni 2020.
- ¹⁹ Vgl. Christian Hanelt, [„Neun Jahre Krieg – Wer hilft den Syrern?“](#), Bertelsmann-Stiftung, 1. Juli 2020.
- ²⁰ Vgl. das [„Interview mit der Syrien-Expertin Kristin Helberg“](#) in der Tagesschau vom 30. Juni 2020.
- ²¹ Vgl. interner Bericht des Auslandsbüros Syrien/Irak von Regina Frieser, Mai 2020. Siehe außerdem: [„Der Islamische Staat nutzt Sicherheitslücken im Irak und Syrien: Sicherheitsexperte warnt vor Rückkehr der Terrororganisation“](#) (الثغرات يستغل داعش) (الإرهابي التنظيم عودة من يحذر أمني وخبير: سوريا العراق في الأمنية), *Baghdad Post*, 24. Juli 2020.
- ²² Vgl. zu einem etwaigen EU-Engagement in Syrien, [„Deeskalationszonen in Syrien: Hintergrund und Status quo eines Paradoxons“](#), Konrad-Adenauer-Stiftung, Juni 2020.
- ²³ Vgl. Muriel Asseburg et al, [„The Covid-19 Pandemic and Conflict Dynamics in Syria“](#), *Stiftung Wissenschaft und Politik*, Mai 2020.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gregor Jaecke
Leiter Auslandsbüro Syrien/Irak
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
gregor.jaecke@kas.de
www.kas.de/de/web/syrien-irak



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)